

# Stromkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelwert nach dem Verkaufspreis pro Haus monatlich 1000 M., durch die Post 1000 M., ohne Postgebühren. Druck-Verlag: Rudolf-Greiflich, 1. o. Bezirk Halle-Merseburg, 6. März. Halle-Vertriebsbüro 14 Fernw. 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Ehrenfeld 12-1 u. 4-5 Uhr

Mit der Zeitung „DAS WORT“ als Beilage

Der Einzelverkaufspreis beträgt 35 M., für den Halbjahrespreis 200 M., für den Jahrespreis 400 M., für den dreimonatlichen Preis 100 M., für den einmonatlichen Preis 35 M., für den vierteljährlichen Preis 100 M., für den vierteljährlichen Preis 100 M., für den vierteljährlichen Preis 100 M.

Einzelpreis 40 Mark

Freitag, den 26. Januar 1923

3. Jahrgang, Nr. 22

## Hermes über den deutschen Bankrott

(Eigener Bericht.)

Berlin, 26. Januar.  
Nach Erledigung einiger unbedeutender Vorlagen begann am Donnerstag im Reichstag die Etatsberatung. Der Finanzminister Dr. Hermes gab ein Bild von dem vollkommenen Bankrott der Reichsfinanzen. Für ihn war die Ursache des Bankrotts nur die Raubpolitik Frankreichs. Von dem toten Staatsbeitrag der Kapitalisten, von den Liebesgaben an die Arbeiter, die Schmerzdilutrien, die Großquartiere usw. hörte man kein Wort. Herr Dr. Hermes hat also nicht die Absicht, das Finanzjoch zu beschleunigen, indem er an die kapitalistischen Geldkräfte herangeht. Wer hätte von ihm anderes erwartet.  
Zu seinem Ziele betrieb der sozialdemokratische Redner Weis diese Heuschrecke dann weiter, indem er sich entäußerte über die schamlose Steuerpolitik des Reiches. Herr Weis scheint das Steuerabkommen mit der Deutschen Volkspartei vollkommen vergessen zu haben. Es ist freilich auch schon ein volles Jahr her, daß er versprochen, daß die Sozialdemokratie an der Brandstiftung des Volkes und dem Steuerbeitrag des Reiches die Mittelschicht nicht ohne ihre Mitwirkung diese schandliche Steuerpolitik unmöglich machen würde. Das Volk will nun einmal betrogen sein, und das läßt sich die Sozialdemokratie nicht anmerken lassen.  
Am Freitag wird Genosse Frölich mit den Herrschaften abzurechnen. Hier der Bericht über die gestrige Sitzung:

### Finanzminister Dr. Hermes

Der Haushaltsplan hat nur noch die Bedeutung eines Programms. Er ist bereits in den Monaten August und September ausgearbeitet worden, also unter völlig anderen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Der ordentliche Haushaltsplan beläuft sich auf 732 Milliarden Mark. Am außerordentlichen Haushaltsplan bleiben 66 Milliarden Mark, im Haushalt der Post- und Telegraphenverwaltung 80 1/2 Milliarden Mark ungedeckt. Durch Verminderung des Personals usw. sind viele Milliarden erspart worden. Bei der Reichsbahn werden durch planmäßigen Abbau 25 000 Mann des Personalis erspart. Für die Ausführung des Friedensvertrages sind außer dem bereits erwähnten Defizit 266 Milliarden erforderlich, wobei für die eigentlichen Reparationen kein Betrag eingekalkuliert ist. Infolge der Geldentwertung und der dadurch notwendig gewordenen Mehraufwendungen wird sich im ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 1400 bis 1600 Milliarden ergeben.

Frankreich streckt die Hand nach dem Lebensnerv Deutschlands aus. Es will eine Vereinigung von Eisen, Erz und Kohle unter französischer Führung aufstellen. Die Herstellung einer Beziehung zwischen der Lothringbahn und der Ruhrindustrie, die beiden Gleichberechtigung und Unabhängigkeit gewährleisten, wäre eine nationale Entfremdung.

Die schwebende Schuld ist von 166 Milliarden Mark Ende des Jahres 1920 bis auf 1852 Milliarden Mark, am 22. Januar 1923 gestiegen.

### Die Vorgänge an der Ruhr

Wie der „Vorwärts“ aus Düsseldorf meldet, soll die Abschnürung des besetzten Gebietes zunächst durch starke militärische Maßnahmen auf folgenden Bahnhöfen erfolgen: Einlen, Westrop, Bünen östlich von Dortmund, Söbde, Rothweg-Haufen und Hagen-Vorhalle. Diese Sperrelinie bildet einen Halbkreis gegen das übrige Deutschland.

Die Verhandlungen der Arbeiter und Angestellten des Schlepplagens und des Schleifenbetriebes des Rhein-Herne-Kanals mit der französischen Besatzungsbehörde verliefen erfolglos. Gestern mittag wurde darauf der gesamte Betrieb eingestellt, wodurch der Schiffsverkehr auf dem westdeutschen Wasserstraßen völlig lahmgelegt ist.

Hamborn wurde von belgischen Eisenbahntroops besetzt. Die deutschen Eisenbahner legten die Arbeit nieder.

Müßtrath und Langenberg sind von den Franzosen besetzt worden.

### Russische Massenkundgebungen gegen die Ruhrbesetzung

Moskau, 23. Januar.

Gestern fand im Moskauer Staatstheater ein großes Meeting aus Anlaß des Gedenktages an die Petersburger Januarsrevolution vom Jahre 1905 statt. In seiner Gründungsansprache erklärte der Vorsitzende des Allrussischen Zentralratskomitees Kallinin, die französische Gewaltpolitik gegenüber Deutschland werde von Rußland zugleich als unfreundlicher Akt gegenüber Sowjetrußland betrachtet. Die Ruhrbesetzung werde ebenso ebenso, wie feinerseits die deutsche Okkupation der Ukraine im Jahre 1918. Die Haltung Frankreichs zwinge die Sowjetregierung jedoch eine mächtige Armee und Flotte in fester Bereitschaft zu halten. Der Vorsitzende des ukrainischen Rates der Volkskommissare, Kowalew, betonte, die Sowjetregierung könne nicht gleichgültig bleiben, wenn die Weltgeschichte einen neuen Krieg entfesselt. Der Leberfall Frankreichs, die Kriegsvorbereitungen Litauens, Polens, der Tschechoslowakei, Rumaniens bestreiten auch Rußland, da sie das ent-

Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen mit einer größeren Kreditforderung zur Beilegung der wirtschaftlichen Schäden der Ruhrbesetzung an den Reichstag beraten.

Wir müssen verlangen, von unserem schwerbedrängten Volke die äußerste Not abzuwenden und den meisten bedrängten Kreisen die Möglichkeit des weiteren Lebens verschaffen. Die Erhaltung der Bevölkerung darf nicht weiter verunsichert werden. Die wichtigsten Ursachen für die Unterernährung zahlreicher Kinder ist der Mangel an Brot. Zur Erleichterung des Mangelzustandes fordert die Regierung 3 Milliarden Mark. Die Regierung will für die Sozialrenten, die Kriegsschuldigen, für gemeinnützige Anstalten und für die Unterstützung der unentgeltlich Erwerbslosen alles tun, was bei der Finanzlage verantwortbar werden kann. (Hört! Hört!) Wir können es gar nicht laut genug in die Welt hineinrufen: In unserem Ruin trägt die alleinige Schuld die französische Gewaltpolitik. (Stürmische Zustimmung der Kommunisten: Ihre Partei: politisch ist schuld. Die Kapitalisten zahlen keine Steuern.)

Dr. Hermes schildert dann den gesamten Verlauf der Verhandlungen in der Reparationsfrage und er führt fort, es würde eine verhängnisvolle Lösung sein, wenn man aus der Lösung des Ruhrgebietes das Risiko der Erfüllungspolitik folgern würde. Wir werden der Gewalt nicht weichen. Sobald jedoch die Gewalt dem Volke genügt ist, wird man uns bereit finden, über eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage zu verhandeln.

Weis (Soz.) So sehr die Reparationslasten unsere Finanzverhältnisse zerrütten haben, so trägt doch auch die deutsche Steuerpolitik daran Schuld. Die Steuern sind ungerecht verteilt. Die Begüterten bleiben mit ihren Steuern im Rückstand und zahlen in entwerteter Mark. Wir verlangen, daß die Regierung Abhilfe schafft. Die einjährige Steuererhöhung (1) hat geradezu Entwertung an der Markwertung. (Zurufe bei den Komm.: Ihr habt diese Politik gemacht!) Es ist falsch, die Lustvolligkeiten der Banken und den Depozitaren angesichts der gekündigten Steuerreform zu beteiligen. Die Spekulationsgewinne werden nicht genügend erhöht. Das mobile Kapital wird überall bevorzugt. Das vermindert die Gehälter der Finanzgen. Lohn- und Gehaltsempfänger tragen die Hauptlast.

Im Dezember soll der Anteil des Lohnzuges an der Einkommensteuer bereits auf 84 Prozent steigen sein.

(Schwache Zurufe bei den Kommunisten.) Wir halten fest an der Erfüllungspolitik und lehnen jede Gemeinlichkeit mit einer Partei ab, die aus dem Einbruch der Franzosen die Folgerung ziehen will, daß wir unserer Verpflichtungen ledig seien. Der Kampf der Arbeiter im Ruhrrevier ist unzerstörbar. Die alleinige Schuld trägt die Regierung Poincaré.

Koch (Dem.) gibt im Namen desentrums der Deutschen Volkspartei, der Sozialisten und der Deutschen Volkspartei die Erklärung ab, daß jetzt in den inneren Streitfragen Jurisdiction geboten sei, und daß diese Parteien deshalb auf eine Debatte verzichten.

päische Gleichgewicht in einem für Rußland ungünstigen Sinn liegen.

### Der „patriotische“ Wucher

Von Tag zu Tag wachsen die Profite beim Ruhrkohlengeschäft der Ruhrbesetzung. Die neuen hohen Steuern und Münzrenten der Ruhr weihen den Weg und sind die Ursache. Innerhalb von acht Tagen erhöht der Stahlbund seine Preise viermal. Eine Tonne Stabeisen kostete am 12. Januar 355 000 M., am 17. Januar 406 000 M., am 24. Januar 676 000 M. Mark. Nicht weniger als auf das 588 fache ist der Preis einer Tonne Stabeisen gegenüber dem Vorkriegsstand gestiegen. Der Dollar steigt etwa auf dem 500fachen des Friedensstandes. Aber die Stahlpreise eilen der Markentwertung immer vor aus, trotzdem die Löhne um so viel hundertfach gestiegen sind, als die Preise taubend, trotzdem inländisches Material, inländische Kohlen verwendet werden. Mit der einen Hand erhöhen die Stahlwerke von Rhein und von der Ruhr die Eisenpreise, mit der anderen die Kohlenpreise. Am 12. Januar sind die Kohlenpreise um nicht weniger als 67,7 Prozent gestiegen, trotzdem die Löhne die nur um 20 Prozent Anteil am Verkaufspreis haben, um 50 Prozent erhöht wurden. Heute aber, tritt eine Steigerung der Kohlenpreise zusammen, um eine neue, wahrscheinlich 100prozentige Erhöhung der Kohlenpreise vorzunehmen. Der Preis einer Tonne Feinstbriketts wurde damit auf annähernd 70 000 M. steigen und ebenfalls etwa das 590 fache der Vorkriegspreise betragen.

Die Preisserhöhungen und dem Beispiel des Wuchers durch die Stahl- und Zehngewinnigen folgen die anderen Industrien. Das Papier einer Zeitung reicht nicht aus, um die lächerlichen Preisserhöhungen in sämtlichen Industriezweigen zu registrieren. Der Wucher wird immer größer. Die Agrarkapitalisten scheinen natürlich auch nicht. Nach 10 Tagen Ruhrbesetzung war der Preis für ein Scheffel Getreide um 20 Prozent gestiegen, was der 120 000 M. gestiegen. Das Geschäft ist aber noch nicht zu Ende, es geht noch weiter.

„Patrioten.“ In Gomburg (Saarpfalz) hat die Gründung der „Patrioten“ begonnen. Es ist eine Affiliationsart von einer Millionen französischen Franken hat. Einer der Gründer der Gesellschaft ist ein patriotischer Mann, der in Ludwigsfelde (Rhein) wohnt. Die gleichen Leute streben „Aufgabe aller Geschäftsbeziehungen mit Frankreich. Es gilt, unser Vaterland zu retten.“

## Poincarés Plan

Poincaré bietet Stinnes zur Veröhnung die deutschen Eisenbahnen

Die Gerichtskommission in Mainz hat die Lage geklärt. Der Ministerpräsidenten zählt 500 000 Franzosen Geldstrafe und fährt gemühtlich nach Hause. So verfährt die französische Regierung mit den deutschen Industriezweigen. Zur selben Zeit wird ein französischer Kommunist nach dem anderen ins Gefängnis gelegt. Die Zucht des Herrn Poincaré würde diese Opfer nicht herausgeben, auch wenn sie zehnmal 500 000 Franken betragen könnten. Die deutsche Druckschifferei empfindet zur selben Zeit, daß man in Deutschland mit den deutschen Kommunisten nach französischem Muster verfährt. Die letzten Illusionen über die nationale Einheitsfront fallen.

Die Telegramme der „Times“, die verkündeten, daß Frankreich im Ruhrgebiet einen vorläufigen Kurs einhängen und sich Befreiungen und Beschlagnahmen erheben werde, haben sich völlig bestätigt. Hinter den Kulissen arbeitet man eifrig, um die Verbindung zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie zu lockern. Inzwischen werden freilich von beiden Seiten Schadensfälle in die Luft abgefeuert. Ein solcher Schreckschuß ist, wenn die Rheinisch-Westfälischen Hüttenwerke geloben, künftig kein Lothbringer Erz, sondern nur noch schwedisches zu liefern. In diesem Zusammenhang ist ein Telegramm des „Berliner Tageblatts“ aus Eilen sehr interessant. Es heißt dort: „Nachdem die Franzosen unter Beruf des Berliner Vertrages das Ruhrgebiet besetzt haben, glaubte die französische Schwerindustrie die deutschen Großindustriellen ihren Wünschen gefügiger und richtete von neuem an sie die Forderung, als sie unter den bekannten Bedingungen, die zu dem Übergang von 60 Prozent des Aktienkapitals der westdeutschen Unternehmungen in französische Hände vorlägen, zu einem Zusammenarbeiten bereit seien. Das hat die Rheinisch-Westfälische Industrie aber abgelehnt.“ Die Geldinstitute des „Berliner Tageblatts“ zeigen also, daß auch nach der Ruhrbesetzung, ja gerade im Zusammenhang mit ihr, die Verhandlungen der französischen mit der deutschen Schwerindustrie weiter gegangen sind. Man ist sich nur nicht über den Prozentanteil einig. Stinnes will die verbleibenden 60 Prozent nach sich haben.

Die Forderung zu einer Verhängung wird in Paris eifrig gesucht. Der Pariser „Times“-Korrespondent, dessen Meldungen in den letzten Monaten sich stets als richtig erweisen haben, sagt: „Mein persönlicher bestmöglicher Eindruck ist, daß Frankreich beabsichtigt, eine reichliche Menge des Profits zu haben.“ Und zwar liegt das Hauptinteresse auf dem neuen umgearbeiteten Plan eines Moratoriums, an dem Poincaré gegenwärtig arbeitet und der in den nächsten Tagen von dem Vertreter Frankreichs der Reparationskommission unterbreitet wird.

Nach dem „Times“-Korrespondenten ist der Inhalt dieses französischen Planes im wesentlichen der folgende: Deutschland soll ein teilweises Moratorium für zwei Jahre erhalten. In derselben Zeit soll Deutschland im ganzen 1 1/2 Milliarden Goldmark in Sachlieferungen und 1 Milliarde Goldmark in bar leisten. Dieser Betrag soll durch eine innere Anleihe in Deutschland aufgebracht werden. Ein weiterer Teil dieser Anleihe soll zur Stabilisierung der Ruhr dienen. Die Industrien sollen für die Dauer der Besetzung des Ruhrgebietes helfen, Reichsbeschäftigte erhalten. Der Zinsendienst dieser Anleihe soll gestillt werden. Ferner fordert der französische Plan die Sanierung der deutschen Finanzen durch Valencierung des Etats. Der Staat soll Monopole schaffen für Zement, Streichholz, Alkohol, Petroleum usw. Aber diese Monopole sollen an private Unternehmer verpachtet werden. Ebenso soll auch der Betrieb der Eisenbahnen privaten Pächtern überlassen werden, die dem Staat eine einmalige bare Anzahlung und dann Jahresrenten zu leisten hätten. In derselben Weise sollen auch die Bergwerke und Wälder des Staats behandelt werden. Auf der anderen Seite wird ermahnt, daß das Reich sich mit 25 Prozent an den industriellen Schwerten beteilige. Der Staat würde infolgedessen auch 25 Prozent des Ertrages beziehen. Die Arbeiter zur Entschädigung einbringende Staatsrenten erhalten. In Berlin soll das Garantiekomitee der Entente seinen Sitz haben. Ferner soll in Deutschland eine Entente-Rohstoffmission arbeiten und auch andere Kontrollmaßnahmen offen lassen werden. Wenn aber Deutschland sich mit diesem Plan zufrieden gibt, dann soll kein Zwang ausgeübt werden und auch keine militärische Okkupation erfolgen, abgesehen von der Besetzung des linken Rheinufers gemäß dem Versailler Vertrag.

Dieser neueste Plan Poincarés zeigt eine geradezu überzogene Uebereinkommnung mit den Vorschlägen, die Stinnes wenige Tage vor der Ruhrbesetzung durch Vermittlung Luxemburger Industrieller der französischen Regierung machen ließ. Das Kernstück des Planes ist, daß die deutsche Industrie gegen reichliche Zinsen Geld für Reparationszwecke zur Verfügung stellen soll und überdies bekommen sie noch die Eisenbahnen, staatlichen Bergwerke usw. In welcher Form daneben die Beteiligung des französischen Kapitals an der deutschen Industrie sich vollziehen soll, wird wohlweislich in dem Plan Poincarés verweigert. Aber die Entente-Rohstoffmission würde sich selbst das Verbindungsstück zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie darstellen.

Die Amsterdamer Internationale nebst der 2. Internationale hat keinen Finger gerührt, um den französischen Einbruch ins Ruhrgebiet zu verhindern. Aber dafür sind diese Herrschaften eifrig am Werk, um ihrerseits die Verhängung zwischen Stinnes und Poincaré zu fördern. Die Parole der sozialdemokratischen Bertram-

# Nach uns die Sintflut!

Die „vaterländischen Opier“ der Bourgeoisie

## Nur Kostüme aus der Zeit Friedrichs des Großen

In Braunschweig haben wir ein aus drei Sozialdemokraten und einem demokratischen Ministerium. Der einzige bürgerliche Minister, Herr Könnig, befindet sich in einer Verklammerung am Sonntag:

„Bürgerlich auf Laubbäumen und Ausschreitungen. Einer trage des andern Last.“ Es darf in unserem Volke keinen Wucher mehr geben usw.

Kann hätte der Vertrauensmann der Bourgeoisie im braunschweigischen Kabinett seinen Klagengeheiß den Moralpauke halten, konnte der Braunschweiger „Volkstribun“ als erfreulichste Melodie dieser Vorkriegszeit folgende Entlassung an die „vornehme Welt“ Braunschweigs weitergeben:

Braunschweig, im Dezember 1922.  
An dem am 18. Januar 1923, abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden Kostüme, zu dem wir nur Kostüme aus der Zeit Friedrichs des Großen zu wählen dürfen, geben wir uns die Ehre, Herrn K. einzuladen. E. Könnig und Frau, Schloß Richmond.

Der „aus Nationalismus“ am 18. Januar veranfaßte „Kostüme“ hat Willkür geübt. Aber das „braunere“ Deutschland muß sich zur Befriedung seines Schmerzes Kostüme aus der Josephzeit kaufen, um in ihnen bei Tanz, Prater und Zeit seinen Kummer zu offenbaren.

## Hausball bei Raffke

Das „nationale Empfinden weite Raffke“ ist wieder einmal mit 1914 Fußballschlägeln in Deutschland geworden. Wie Planze mit Bomeranz. An der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Reichsausgabe vom 19. d. M., Nr. 28, 29, finden sich folgende dem „nationalen Empfinden weite Raffke“ Redung tragende Äußerungen:

## Hausball bei Raffke

gegenüber der Verbindung des Fußballspiels am 20. Januar 1923 in künstlichen Räumen der Philharmonie.

Die Forderung des Fußballspiels wird als willkommener Anlaß zur Veranstaltung eines Balles genommen und eine streng national gerichtete Zeitung nimmt anlässlich des schönen Titel „Hausball bei Raffke“ auf. Man merkt so richtig, daß Geld doch nicht fehlt.

## Winterport in Krummhölz

Im „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag schreibt Viktor Kuburin über einen Besuch in Krummhölz bei Klagenfurt, das einen Waisendebuch arbeitsloser Mütter und Weiblein der Bourgeoisie aufzuweisen hat:

„Dann aber spielt die Musik auf, und der Tanz beginnt; die Herren in ihren durchgehenden Josen, die Damen in großem feinem Brocade, die ein Gefäß breit und flügelartig abheben, viele in hohen Gamschalen, alle mit genagelten Sohlen. Sie tanzen lundendlang um den Klagen des Tanzbodens, mit gezeichneten Kostümlinien und quiekenden Kinderstumpfen; und nach der Melodie von der Oma, die jetzt durch ganz Deutschland fliegt. Wiezig deutsche Männer und Frauen der besten Gesellschaft bringen hier vor mir herum und singen laudend mit: „Wir verlassen unter Oma ihr klein Häuschen.“

Die Regierung, daß sie alle monarchistischen Verklammerungen und Kundgebungen sofort verbietet. Die bisherige Handlungsweise der sozialdemokratischen Regierung war alles andere als sozialistische Politik. Die Betriebsratsparlamentarismus im Großbetrieb spricht dieser Regierung ihr härtestes Mißtrauen aus.

In der zweiten Entschickung waren die Betriebsräte Großbetriebs das Proletariat vor den drohenden Kriegsgefahren und rufen die Arbeiter auf, unverzüglich mit der Organisation von Abwehrmaßnahmen gegen die Faschisten zu beginnen.

## Das Verhungen der Arbeiterkinder

Über den Gesundheitszustand der Schulkinder gibt die letzten halbjährliche Untersuchung in Aftenburg ein recht bedauerliches Bild. Die Kinder wurden in drei Gruppen eingeteilt, und zwar Gruppe 1 normal, Gruppe 2 unternormal und Gruppe 3 fast unternormal. Untertun wurden 468 Vorkoltschüler und 1044 höhere Schüler (bis zu 14 Jahren). Das Ergebnis war für die Volksschüler: 411 in Gruppe 1, 2948 in Gruppe 2 und 1318 Kinder in Gruppe 3, für die höheren Schüler: 154 in Gruppe 1 und 236 in Gruppe 3. Demnach waren von allen Kindern zusammengezählt nur 565 normal, 3593 unternormal und 1554 fast unternormal.

Von den Volksschülern sind demnach nur 8,7 Prozent normal ernährt, 64 Prozent fast unternormal und 27 Prozent fast unternormal.

Bei den höheren Schülern ist das Ergebnis nicht ganz so traurig. Lebensmittelminderer, Kohlgründer und Ausbeuter der Arbeiterschaft erhalten hier eine Luitung ausgeübt, wie sie nicht dräuher gegeben werden kann.

Die Arbeiterschaft aber muß an die Worte Rosa Luxemburgs denken: „Über den zunehmenden Mangel der kapitalistischen Gesellschaft lidern wie ein feuriges Wetterel die Worte des Kommunistischen Manifestes: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!“

## Ausland

### Generalstreik im Biefler Industriegebiet

Brag, 25. Januar.  
Wie die Prager Presse meldet, ist im ganzen Biefler Industriegebiet der Generalstreik ausgebrochen. Auch die Elektrizität, Wasserwerke und der Straßenbahnverkehr ruhen. Im Laufe des Vormittags kam es zu Aufregungen, so daß Militär einberufen mußte.

### Gewerkschaftsbewegung

#### „Streikende Eisenbahner werden gemäßiget“

In demselben Moment, da die Cuno-Regierung züchtlos ihre Entlassungsprogramm zur Durchführung bringt, fordert sie die Eisenbahner auf, sich in die „nationalen Interessen“ einzureihen. Der Nationalismus und Hungerpatriotismus soll wieder wie unter Wilhelm als „dienliche Dementie“ proklamieren werden. Nachdem den Eisenbahner das Streikrecht abgeprochen worden ist, sollen sie überhaupt keine wirtschaftlichen und politischen Forderungen in ihrem Interesse mehr stellen dürfen. Sie dürfen nur dem die Arbeit einstellen, wenn es sich um die Interessen der Großindustriellen handelt. Mit 50 000 Mark Belohnungsbeihilfe glaubt die Cuno-Regierung die Forderungen der Eisenbahner im besten Gebiet beschwichtigen zu können, obwohl diese Summe angesichts der ungeheuerlichen Preissteigerungen einen Tropfen auf dem heißen Stein bedeutet. Und noch bleibt die Beihilfe für die Eisenbahner im übrigen Deutschland?

Den Eisenbahner will man einreden, sie sollen die Hauptstütze des bürgerlichen Staates werden. Sie haben noch nicht vergessen,

„Die tägliche Arbeit des Sperrmanns ist heutzutage eingeteilt. Da der Sperrmann meistens bis zwei Uhr nachts durchgearbeitet hat, geht er gegen elf Uhr morgens auf. Nach ihm die helle Mittagspause auf die Gasse scheint, kann man in der Halle der schäblichen Hotels die Champions sitzen sehen, die mit gebundenen Gesichtern und verdorrten Augen ihren Kaffee trinken. Dieses Gute hat ja der Winterport, daß er das Blut in Wäldern bringt und dem erschöpften Körper frische Säfte zuführt. Vielleicht ist dann die Zeit ziemlich knapp bemessen, da es in den Bergen jetzt schon um vier Uhr dunkel zu werden beginnt und da ja auch eine gewisse Zeit dem Luch gewidmet werden muß.“

Nachmittags sieht alles, was etwas ist, bei Reith, dem Komitor, und verstreut in Gemerorten. Und wieder kommt die Nacht mit ihren Säulen und den prächtigen Veranstellungen.

Der „Reißliche Hof“ hat für heute abend 8 Pachentägige angelegt. Das Hotel „Goldener Frieden“ dagegen, das die Zeichen der Zeit besser versteht, arrangiert einen Hausball bei Schiebers. Eintritt fünfzehn Mark, und auf Plätzen werden die Herrschaften eracht, möglichst im entsprechenden Kostüm zu erscheinen.

Dieses Vergnügen wird um so mehr Anfang finden, als die Mehrzahl der Gäste sich nicht erst besonders umzuziehen braucht.

## Filmball

Sie tanzen „auf den Tag“. Früh protestieren sich die deutschen Normaloffiziere mit vollem Wuterau „Auf den Tag“ — womit sie die siegreiche Sechskampf mit England meinen. Seit gilt der Hof Frankreich, während England umgedreht wird. Es wird dabei nicht nur getrunken, sondern auch getanzt, natürlich zu patriotischen und wohlklingenden Jucken. So fand denn in Berlin trotz der „nationalen Tränen“ auch der Filmball statt (der Preisball ist inzwischen bis zur glücklichsten Regelung des Geschäftes verfallen worden). Schloß schilber im „Total-Angebot“ das „wunderbare Bild“, das der „in alter Schönheit“ wiedererstandene Filmball hat. Der „gute Geist“ der über dem Hofe schwebt, offenbart sich in den Trümpfen auf schöne Frauen, den Film und seine Sterne, und nach hierauf hatten sie den Spruch im Mund „auf den Tag“. Und dann tanzten sie sich in die himmelreich hinein. Ein Patriotismus zum Spieles!

Während sozialdemokratische Blätter von nationaler Würde schwaften, die alle Volksschichten verbinden müßten, während sie von Opfern reden, die die Arbeiter bringen müßten, während Herr Ue z aus München einen Ruf zur „nationalen“ Sammlung unter der Arbeiterschaft erhebt, um sich hier zu dem Biefler auf. Dieser als je sind die Profite, Kämpfer als je ist die Ausbeutung deutscher Arbeiter durch deutsche Kapitalisten. Aber die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsführer isolieren Burgfrieden, sie verurteilen die Arbeitermoral in die nationale Einheitsfront zur Verflüchtung des deutschen Proletariats hinein zu treiben.

Dies darf nicht geschehen. Die deutschen Proletariat sollen kämpfen, aber sie sollen zuerst das niederträchtige, verabscheuliche deutsche Kapitalistenpad an die Kette legen.

daß am 1. Februar 1922 der Reichspräsident Ebert folgende Verordnung erließ:

### Verbot der Arbeitsüberlegung von Beamten der Reichsbahn

§ 1. Den Beamten der Reichsbahn ist ebenso wie allen übrigen Beamten nach dem geltenden Beamtenrecht die Einstellung oder Verweigerung der ihnen obliegenden Arbeiten verboten. Wer einen Beamten der Reichsbahn zu einer hiermit verbotenen Einstellung oder Verweigerung der Arbeit aufzufordern oder anreizt, wird mit Gefängnis

und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft, wenn die Handlung vorsätzlich und mit einem bestimmten Verweigerung oder Verweigerung der Arbeit aus Begünstigung, Furchen, Majestäten, Verleumdungen oder sonstigen Anlässen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch welche die ordnungsgemäße Fortleitung des Betriebes der Reichsbahn unmöglich gemacht oder erschwert wird.

§ 2. Wird durch eine unzulässige Einstellung oder Verweigerung der Arbeit der Betrieb der Reichsbahn ganz oder teilweise stillgelegt oder erschwert, so ist der Reichsverwaltungsbereich berechtigt, Maßnahmen zu treffen, die zur Wiedereinrichtung des Betriebes geeignet sind.

§ 3. Beamte, Angestellte oder Arbeiter, die im Betrieb der Reichsbahn die Arbeit weiterlassen oder Maßnahmen ergreifen oder Arbeiten zur Sicherung der Fortsetzung der Arbeit leisten, dürfen diesfalls in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden. Wer zu einer solchen Benachteiligung aufzufordern oder anreizt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. gez. Ebert, Reich, Groener.

Die Eisenbahner werden bei diesem Akt an die Massenfronten denken, wenn man jetzt versucht, mit nationalisierenden Methoden über den Bürger zu täuschen. Sie werden daran denken, daß der Kampf im Zugegebiet ein Kampf um die Eisenbahnen ist, die Sinnes schäufen will. Die Eisenbahner und unteren und mittleren Beamten müssen weiterhin fordern, und um ihre Forderungen kämpfen, wenn sie nicht in elende Sklaverei und tiefe Verelendung geraten wollen.

Der Akt der Verweigerung der Arbeit durch die Eisenbahner Seite der Staatsarbeiter und der übrigen Arbeiterschaft. Ihre Interessen sind dieselben wie die des deutschen Proletariats. Keine Sinnemierung der Staatsbetriebe, keine Diktatur des Großkapitals, sondern Regierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten und Kampf um die proletarischen Interessen. Weg mit allen Gewerkschaften! Die sich in der Entlassungsfrage nicht zur gemeinsamen Abwehr einigen können, weg mit allen, die heute die „nationale Einheitsfront“ predigen, schlägt die proletarische Kampffront!

Erfolge der Kommunisten. Der unermülichen Arbeit unserer Front im Scheiternsberob in Köln ist es gelungen, in der letzten Generalversammlung mit übergroßer Majorität die Stimmen aller Kollegen auf unsere Kandidaten zu vereinigen. Die Disziplinierung des Scheiternsberobes in Köln ist damit kommunalistisch.

In der am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung der Metallarbeiter in Schmalfelden wurden ebenfalls drei Kommunisten als Delegierte zur Bezirkskonferenz gewählt.

## Vom Tage

Kraubord im Klagenfurt. Einbrecher sind nachts in die belohene im Klagenfurt gelogene Kaiserbaude eingedrungen, haben den Biefler Konstantin Erben, dessen Frau und dreizehnjährigen Sohn erschlagen und alle Wertgegenstände, Wäsche, Uhren und 500 Kronen Bargeld geraubt.

Zugjammeln. In der Nacht vom 24. zum 25. Januar 2 Uhr fuhr ein von Gletsch nach Beuten abfahrender Triebwagen am Obende des Versteigerungshofs Gletsch mit dem Güterzug 8520, der von Ludwigsglad nach dem Versteigerungshof fahren sollte, in der Nähe eines Stellwerks zusammen. Bis her fünf Leibsperle gemeldet. Weitere Personen sind anscheinend nicht zu Schaden gekommen. Der Triebwagen ist stark beschädigt, während der Güterzug nur geringe Beschädigungen erlitten hat. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

wingender in Berlin ist gerade, daß man die Regierung Cuno nicht fürgen dürfe, aber man müsse auf sie in dem Sinne drücken, daß sie mit Frankreich verhandelt. Und Branting, die Deutche der 2. Internationale, wird im Völkerverband mit gleichen Sinne arbeiten. Es ist kein Zufall, daß die 2. Internationale und die Zimmerbauer dauernd den Völkerverband als Schiedsrichter des Streites anrufen. Der Völkerverband, unter dessen Zeichen sich im Saargebiet die Ausbeutung des Proletariats durch das französische und deutsche Kapital vollzieht, wird die entsprechende Lösung auch im Ruhrgebiet finden.

Die Arbeiterschaft, deren viele ganzen Anträgen nur durchzuführen wenn sie die kapitalistischen Machthaber aus der Regierung drängt. Nur die Arbeiter-Regierung wird es verhindern können, daß der Ruhrstreik auf Kosten des deutschen und des französischen Proletariats beielegt wird.

## Die Bergarbeiter werden verkauft

Zehnerhufen und die Führer des Deutschen Bergarbeiterverbandes haben die Kumpels im Ruhrbergbau zum Verkauf von Ueberlebenden gewonnen — zum Wohle der Allgemeinheit. Als Vorkurs das Ruhrgebiet verkauft wurde das Verbot von Ueberlebenden verboten — zum Wohle der Allgemeinheit. Jetzt werden im Ruhrgebiet auf Anordnung der Zehnerhufen die Bergarbeiter durch die Arbeitseinstellung der Grubenbesitzer zum Streit gewonnen. Jenseits ist der Schleier des Allgemeinen die Zehnerhufen bekommen nicht mehr die ganzen Vorteile aus dem Ruhrbergbau, infolgedessen werden die Gruben stillgelegt, bis ja, bis eine Verbindung zwischen Sinnes und Wucher erfolgt ist.

Vor aller Welt ist der Schwindel des Ueberlebenden-Abkommens dargelegt. Und trotzdem wird dieser Schwindel erneut versucht. Die mitteldeutschen Bergarbeiter sollen zu Ueberlebenden gezwungen werden, sie sind bereits verkauft — zum Wohle der Allgemeinheit. Verkauf von ihren selbstgemachten Führern!

W. A. meldet: Die Ueberlebenden-Abkommen für den Stein- und Braunkohlenbergbau außerhalb Rheinlands Westfalens für Februar führen zu einer Verhängung. Sowohl Arbeitgeber als Arbeiter werden einzig in der Forderung, den Verkauf des Ruhrgebietes durch Ueberlebende in den anderen Ueberlebenden zu durch. Die Ueberlebenden-Abkommen wurden in ihren Grundzügen folgendermaßen:

Alle Ueberlebenden im Bergbau in ganz Deutschland. Befreiung des Ueberlebenden — aus nationalen Normen. Die Befreiung des Ruhrgebietes ist doch ein profitables Geschäft. Vom Sinnes Sinnes Milliardengewinne nicht aus den Ruhrbergarbeitern, dann holt er sie hin von den mitteldeutschen.

Ueberarbeit und Lohnzahlung, das ist das wahre Gesicht der Grubenbarone. Die Grubenverwaltung zeigt der Ueberlebenden Planwirtschaft, bei der Sinnes auch keine dreifachen Woten hat, hat bis heute noch nicht ihren Arbeitern die Lohnzahlung von 1. bis 7. Januar nachgeholt. Sie macht mit dem Geld, das den Arbeitern gehört, nach Belastungslage, während die Arbeiter, wenn sie nicht in dem Februar ihre Lohnzahlung bekommen, durch den gemeinsamen Kaufkraft im wahren Sinne des Wortes betrogen worden sind.

Eine Erleichterung der Produktion wäre längst möglich gewesen, wenn die Grubenbarone das gemungen worden wären. Anstatt der schwindelhaften Erleichterungen, Abschaffung von Arbeitern, Bau von Arbeiterwohnungen, haben die Barone eine solche Erleichterung erzielt werden. Es gibt Arbeitseinstellung, die Cuno-Regierung sorgt durch Entlassung aus Reichs- und Staatsbetrieben für ein Arbeitseinstellung.

Wenn die Bergarbeiter rufen, dürfen ihre Trabanten, die Gelben, nicht fehlen. Der Reichsverband der Bergwerksangehörigen im Ruhrgebiet und Zwickauer Revier hat beschlossen, die Bergarbeiter in ihrem Lebenskampf gegen den französischen Kapitalismus zu unterstützen. In der Zukunft werden hier großen Kampfpläne hat bereit. Ueberlebenden zu helfen, den Verdienst dieser Ueberlebenden zur Verringerung der Not im Ruhrgebiet zur Verfügung zu stellen. Wahrscheinlich soll davon die Geldstrafe des Ueberlebenden bezahlt werden.

Wie dem Kapitalismus gibt es keine Gemeinschaft. Ueberlebenden mit dem Weltbildern der Bergarbeiter. Bergarbeiter, lehnt die Ueberlebenden ab, die nur die Vorbereitung zum endgültigen Kampf des Ueberlebenden sind. Und wenn auch die Führer des Bergarbeiterverbandes mit Cuno-Regierung, die Ueberlebenden und im „Volkstribun“ in noch so langen Reden die Verklammerungen der Ueberlebenden darlegen, werden, das Ueberlebenden-Abkommen ist ein neuer Versuch, auf Cuno-Kosten will man die hantelnde Wirtschaft wiederbeleben. Ihr allein sollt die Kosten des Krieges und der Reparationen tragen!

## Italienische Faschisten in Berlin

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 26. Januar.  
Am Donnerstagabend hielt der Berliner Reichstagskammer eine faschistische italienische Zeitung, „Nitti“, die der Ueberlebenden einen öffentlichen Vortrag über den Faschismus. Die italienischen Faschisten, die sich in Berlin aufhalten, die zum Teil der italienischen Botschaft angehören, hatten alle ihre Rede aufgegeben und verließen nach langem Warten die Versammlung zu verhindern. Es gelang ihnen nicht; sie verließen demontriert den Saal, um drängen nach Schluß des Vortrags die Redner zu überfallen. Durch Verarmungseinstellung wurde dieses Vorhaben vereitelt. Die Versammlung, der Herr Cuno, waren durch Drohbriefe unterrichtet. Sie haben nichts gegen die Faschisten unternommen.

## Ein Mißtrauensvotum gegen Dipinski

(Eigene Drahtmeldung.)

Dresden, 26. Januar.  
In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages brachte bei der Besprechung des Polizeirechts der kommunistische Abgeordnete Ciemer ein Mißtrauensvotum ein. „Der Landtag wolle beschließen: Der Minister Dipinski besitzt nicht das Vertrauen des Landtages.“ Umständlicher. Auf diese waren die außerordentlich hohen Ausgaben, die für die Polizeiwende verlangt werden. Unter dem Minister Dipinski hat sich das Polizeirecht zu einem Verarmungsmittel des Proletariats im großen Maßstab ausgewachsen. Er unterdrückt regelmäßig die Arbeiterdemonstrationen, während er die Versammlungen der Faschisten, wie es die Ueberlebenden in Leipzig bemerkt, schützt.

## Die Leipziger Betriebsräte zum Kampf gegen die Faschisten

(Eigene Drahtmeldung.)

Leipzig, 26. Januar.  
Die Betriebsräte Leipzigs haben in einer Betriebsratskonferenz am Montagabend zwei Referate über die Faschisten gehalten. Die erste lautet:  
„Die am 24. Januar im „Kantzen“ verarmelten Betriebsräte von Groß-Leipzig protestieren energig gegen das Verhalten der sozialdemokratischen Regierung gegenüber dem Aufmarsch der Kontroverolution. Das Verhalten des sozialdemokratischen Ministers Dipinski bei der Ueberlebenden-Abkommen ist eine offene Begehung von monarchistischen Vorkerbrennen und eine Verarmung des Ueberlebenden. Die Betriebsratskonferenz fordert von der sozialdemokratischen Regierung, daß sie alle monarchistischen Verklammerungen und Kundgebungen sofort verbietet.“







